
Journal of Religious Culture

Journal für Religionskultur

Ed. by / Hrsg. von Edmund Weber
in Association with / in Zusammenarbeit mit Matthias Benad
Institute of Religious Peace Research / Institut für Wissenschaftliche Irenik
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

ISSN 1434-5935 - © E.Weber – E-mail: irenik@em.uni-frankfurt.de – web.uni-frankfurt.de/irenik

Nr. 103 (2008)

Von Zuwanderer zum Mitbürger Die Zukunft der Muslime in Deutschland

Von

M. Emin Köktaş*

Einführung

Es ist selbstverständlich wichtig und notwendig über die Zukunft der Muslime in Deutschland zu sprechen. Wir dürfen dabei aber nicht vergessen, dass jedes Gespräch über die Zukunft gleichzeitig ein Gespräch über die Vergangenheit und den heutigen Zustand ist. Die Zukunft kann man am besten unter Berücksichtigung der in der Vergangenheit gesammelten Erfahrungen gestalten. Deswegen sollte man mit der Diskussion über die Zukunft der Muslime in Europa erst nach eingehender Analyse der geschichtlichen Erfahrungen unter der Berücksichtigung der politischen, rechtlichen, ökonomischen, kulturellen, gesellschaftlichen und religiösen Dimensionen beginnen. Dies ist sicherlich keine leichte Aufgabe. Trotzdem sollte eine solche Analyse in Angriff genommen werden, um damit die Zukunft der Muslime auf einem sicheren Fundament zu gestalten.

Als eine Person, die versucht Diskussionen und Publikationen über die Muslime in Europa und Deutschland zu verfolgen, möchte ich in diesem Vortrag einige mir wichtig scheinende Punkte behandeln und aus meiner Sicht das zu lösende Hauptproblem herausarbeiten.

* Prof. Dr., Universität Dokuz Eylül Izmir/Türkei, e-mail: emin.koktas@deu.edu.tr. Dem Artikel liegt ein Vortrag zu Grunde, der im Rahmen der Wiss. Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) in Frankfurt am Main am 17. Juni 2008 Main gehalten wurde.

Ein kleiner Überblick über Muslime und Europa

Wie sicherlich bekannt ist, begegnete Europa dem Islam nicht erst im 20. Jahrhundert. Die Beziehungen des Islams zu Europa begannen bereits in früheren Jahrhunderten¹. Man kann wahrlich nicht behaupten, dass diese Begegnungen im Urteil der Europäer nur positive Erinnerungen hinterlassen haben. Im Gegenteil. Vorurteile aus diesen früheren Begegnungen halten bis heute an². In diesem Zusammenhang möchte ich Peter Heine zitieren: "Die Haltung des mittelalterlichen Abendlandes bis in die Renaissance hinein gegenüber dem Koran und der Person des Propheten geriet in der späteren Einstellung gegenüber dem Islam nicht in Vergessenheit. Vielmehr zeigten sich Wirkungen von großer Dauerhaftigkeit und prägten das Bild des Islam bis in die Gegenwart"³.

Im Laufe der Arbeitsmigration kam es zu einer neuen Art der Begegnung Europas mit dem Islam. Im Gegensatz zu der Konfrontation der europäischen Mächte mit dem Islam während der Kolonialzeit, handelt es sich bei dieser Begegnung um ein friedliches Zusammentreffen⁴. In den heutigen Grenzen der Europäischen Union leben mindestens fünfzehn Millionen Menschen, die aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen, ihrer sozialpolitischen Anschauungen oder ihrer geografischen Herkunft oder familiären Abstammung als Muslime gelten.⁵

Es dauerte eine geraume Zeit, bis die europäischen Länder, darunter auch Deutschland, verstanden, was eigentlich vor sich ging und was die muslimische Zuwanderung für sie bedeutete. Es ist offenkundig, dass der Islam ein Bestandteil der gesellschaftlichen Realität Europas geworden ist. Das heißt, dass der Islam ein nicht mehr aus der europäischen und gerade auch der deutschen Wirklichkeit nicht mehr weggeleugnet werden kann.

Was ist das aber für eine Realität, mit der wir es heute zu tun haben? Wenn wir über Muslime oder mit Muslimen über ihre Fragen sprechen möchten, sollten wir erst einmal wissen, welche Bedeutung diese Realität hat.

Die heutige europäisch-muslimische Realität ist vornehmlich durch Migration entstanden und geprägt. Dies ist aus soziologischer Perspektive sehr wichtig. Die Muslime lebten und leben freiwillig als Minderheit in Europa, d.h. in einem Kulturkreis, dem sie fremd waren. Was die Verteilung der muslimischen Emigranten in Europa angeht, ist eine deutliche Differenz festzustellen: Muslime aus indischen Subkontinent und aus Pakistan leben mehrheitlich in England, Muslime aus Afrika insbesondere aus Maghreb-Länder leben verstärkt in Frankreich, sind aber auch in England sehr zahlreich vertreten. Muslime aus Afrika leben mehrheitlich in Frankreich. Türkische Migranten siedelten sich mehrheitlich in Deutschland an. Das bedeutet, dass die Muslime, die in Europa leben, untereinander heterogen sind, weil sie jeweils einen unterschiedlichen kulturellen Hintergrund haben.

Die Türken waren nach Deutschland gekommen, um Geld zu verdienen und anschließend wieder in ihrer Heimat zurückzukehren. Heute sehen wir aber, dass die Geschichte nicht nach dieser ursprünglichen Planung verlaufen ist, weil die Immigranten nicht mehr in ihre alte Heimat zurückkehren wollen⁶. Selbst Rückkehrprämien von Arbeitsgebern und Regierungen, die das Ziel hatten, die Rückkehr in die Heimat schmackhaft zu machen, stellen kein Anreiz

¹ Eine sehr hilfreiche Lektüre ist Franco Cardini: Europa und der Islam – Geschichte eines Missverständnisses, C.H. Beck Verlag, München 2000

² Peter Heine: Konflikt der Kulturen oder Feindbild Islam, Herder Verlag 1996.

³ Ebd, S.39

⁴ F. Dassetto, S. Ferrari, B. Maréchal: Islam in der Europäischen Union - Was steht für die Zukunft auf dem Spiel?, EU Parlament 2007; S.2

⁵ Nina Clara Tiesler: Europäisierung des Islam und Islamisierung der Debatten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 26-27/2007, 25.Juni 2007, S. 24.

⁶ Im Detail siehe Karin Hunn: "Nächstes Jahr kehren wir zurück..." - Die Geschichte der türkischen 'Gastarbeiter' in der Bundesrepublik, Wallstein Verlag, Göttingen 2005.

mehr dar, das Gastland zu verlassen. Durch diese Realität gewinnt aber die Diskussionen über die Muslime und über ihre Zukunft eine neue, bisher nicht da gewesene Bedeutung.

Die Muslime als eine neue Herausforderung für Deutschland

Auf Grund dieser neuen Entwicklung wurden der Islam und die Muslime denn auch ein wichtiges Thema nicht nur in akademischen Kreisen, sondern auch in der Öffentlichkeit und in den Massenmedien. Bei näherer Betrachtung dieser inzwischen intensiven und durchaus kontroversen Diskussion muß man aber feststellen, dass diese neue Situation noch nicht richtig wahrgenommen wird. Dies gilt sowohl für muslimische als auch für christlich-deutsche Diskursbeteiligten, unabhängig davon, ob sie Verbandfunktionäre, Kirchenführer, Theologen, Sozialwissenschaftler, Medienvertreter oder Politiker sind. Allerdings haben die traurigen Ereignisse um den 11. September 2001 herum der Diskussion über die muslimischen Immigranten einen bisher nicht dagewesenen Ruck gegeben.

Trotz der negativen Stimmung, die nach dem Terrorangriff auf das World Trade Centre in New York gegenüber dem Islam und den Muslimen entstand, kann man besonders in den letzten Jahren positive Entwicklungen beobachten. Unterschiedliche Institutionen, darunter auch muslimische Organisationen, veranstalten zahlreiche Tagungen und sonstige Informationsveranstaltungen über Islam und Muslime. Die deutschen Bundesländer sind auf der Suche nach Gesprächs- und Kooperationspartnern und die Bundesregierung versucht durch die Einrichtung der Islamkonferenz den Diskurs voranzutreiben⁷. Integrationsgipfel, deutsche Islamkonferenz, Weimarer Aufruf für die Einführung des islamischen Religionsunterrichts, Imamfortbildungen und die Einrichtung von Lehrstühlen für islamische Religion sind die wichtige Meilensteine. Diese Entwicklungen zeigen, dass sich der deutsche Staat inzwischen die Integration der Muslime in die Gesellschaft zum Ziel gesetzt hat⁸.

An dieser Stelle stellt sich die Frage, wie man die Integration der Muslime in die hiesige Gesellschaft voranbringen kann. Wie soll die Koexistenz bzw. das Zusammenleben der Muslime in der deutschen Mehrheitsgesellschaft aussehen? Sollen sich die Muslime assimilieren, indem sie ihre abweichende kulturelle und religiöse Identität aufgeben und sich vollständig der christlich geprägten Mehrheitsgesellschaft anpassen? Oder ganz im Gegenteil: sollen sie in dieser Gesellschaft unter vollständige Bewahrung ihrer kulturellen und religiösen Identität als Parallelgesellschaft leben, ohne mit der Mehrheitsgesellschaft irgendeine Kontakte zu pflegen, d.h. sollen sie in gesellschaftlichen Ghettos leben? Wäre nicht Akkulturation eine Lösung, in der sich die Zuwanderer und Ansässige in einem Prozess gegenseitiger Verständigung näher kommen und lernen zusammenzuleben⁹? Als Akkulturation sei hier ein gesellschaftlicher Prozess gegenseitiger kultureller Wandlung verstanden.

Einige Menschen mögen dem Modell einer vollständigen Assimilation den Vorzug geben. Aber soziologisch und politisch gesehen ist Assimilation eine Besonderheit der totalitären Regime, die sozio-kulturelle Differenzierungen nicht tolerieren und allein das Ziel verfolgen, 'Menschen gleichen Typus' zu schaffen. In den modernen, pluralistischen und demokratischen Gesellschaften kann es nicht um Assimilation, sondern nur um Integration gehen. Die libera-

⁷ Deutsche Islam Konferenz (DIK), http://www.bmi.bund.de/cln_028/nn_122688/Internet/Content/Themen/Deutsche__Islam__Konferenz/DatenUndFakten/Islamkonferenz__Allgemeines.html

⁸ Zum Beispiel hat die Deutsche Islamkonferenz empfohlen, analog zum christlichen Religionsunterricht einen bekenntnisorientierten Islamunterricht an den öffentlichen Schulen einzuführen - mit regulär ausgebildeten Lehrkräften, die aus Steuergeldern finanziert werden, mit fester Verankerung im Stundenplan und natürlich mit regulärer Benotung der 'Leistungen' der Schüler. Siehe Klaus Hurrelmann: Konfessioneller Religionsunterricht, http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wissen_und_bildung/aktuell/?em_cnt=1308056

⁹ Über Grundlagen und Formen rechtlichen Koexistenz zwischen Muslimen und Nichtmuslimen, siehe: Matthias Rohe: Der Islam - Alltagskonflikte und Lösungen, Herder Verlag, Freiburg 2001, S.67-75.

len Verfassungen und nicht zuletzt das deutsche Grundgesetz eröffnen breite Freiräume für eine individuelle, nicht staatlich bestimmte Lebensgestaltung und für die Wahrung eigener vertrauter Maßstäbe der Lebensführung. Als unverzichtbare Grundlagen gelten Unantastbarkeit der Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Grundrechte wie z.B. die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Meinungs- und Glaubensfreiheit usw. sind Rechte von, denen alle Menschen ohne Ausnahmen profitieren.

In einem System, das auf diesen Rechten gründet, sollte das Problem der Integration der Muslime zu lösen sein. Denn der Islam hat mit diesen Grundlagen und Grundrechten gerade kein Problem. Aber die Wahrnehmung der Muslime durch die Nichtmuslime sieht diesbezüglich anders aus. Einige Gruppen behaupten, Muslime hätten grundsätzlich Probleme mit dem Grundgesetz, sie seien gegen die Grundrechte, deswegen sollten sie von den Grundrechten und -freiheiten nicht profitieren, seien sie doch nicht integrierfähig¹⁰.

Die Fragen von deutscher und muslimischer Seite

Wir können hier nicht alle Probleme der Muslime behandeln. Ein Teil davon sind Probleme, die jeder Mensch hat und mit religiöser Zugehörigkeit nichts zu tun haben. Ein anderer Teil sind Fragen, die von sozio-kulturellen Gegebenheiten oder aus politischen Rahmenbedingungen herrühren. Man sollte sich aber darüber im Klaren sein, dass die Muslime, was die individuellen Grund- und Freiheitsrechte angeht, gerade keine Probleme haben. Wie alle anderen Menschen profitieren auch sie von diesen Rechten. Ernste Probleme gibt es hauptsächlich bei der Frage der Gleichberechtigung der muslimischen Gemeinschaft. Es gibt zwei Partner bei dieser Frage: die Muslime und die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Wenn man eine Zukunft gemeinsam gestalten will, sollte man die Positionen beider Seiten untersuchen, und jede Seite sollte die eigene Position kritisch analysieren und notfalls überdenken.

Für die muslimische Seite können wir folgendes sagen: die muslimischen Immigranten zählten in ihrer Herkunftsgesellschaft sowohl im sozialen, als auch im ökonomischen Bereich eher zur Unterschicht. Auch waren sie auf ein Leben in Deutschland nicht vorbereitet. Sie hatten keine Kenntnisse über diese für sie neue und unbekannte Welt. Alles, was sie hier lernten, lernten sie auf Grund ihrer persönlichen Beobachtungen und Erfahrungen. Sie kamen hier um zu arbeiten. Die deutsche Gesellschaft interessierte sich nur für ihre Arbeitskraft, nicht für ihre Kultur und ihren Glauben. Deswegen wurden sie nicht als Muslime wahrgenommen, sondern meist nur in ihrer ökonomischen Funktion¹¹. Max Frisch prägte dafür einmal auf die Formel: "Wir wollten Arbeitskräfte, aber es kamen Menschen." Und diese hatten auch noch Familien.

Man interessierte sich mehr für ihre Erfolge im Arbeitsprozess. Muslime engagierten sich nur für die Arbeitswelt, weil sie dachten, sie würden irgendwann in ihre Heimat zurückkehren. Deshalb kümmerten sie sich auch kaum um die Ausbildung ihrer Kinder. Jahrelang lebten sie hier, ohne der Gesellschaft irgendwelche besonderen Schwierigkeiten zu machen. Um ihre Religion auszuüben, gründeten sie religiöse Vereine. Diese waren für sie eine Art Ersatzheimat, in denen sie ihr Heimweh stillten. Auch wenn sie architektonisch nicht so schön waren, bauten sie im gesamten Land in Hinterhöfen Moscheen.

Aber sie befanden sich nach den traurigen internationalen Ereignissen¹², die sie nicht verursacht hatten, plötzlich inmitten einer heftigen gesellschaftlichen Kontroverse. Die deutsche

¹⁰ Beispielsweise sind nach Hans-Ulrich Wehler Muslime nicht integrierbar. Er behauptet, dass "die muslimische Diaspora nicht integrierbar sei." Siehe hierzu: Die Tageszeitung, <http://www.taz.de/pt/2002/09-/10/a0132.1/text>, Interview R. Bollmann; Hans-Ulrich Wehler: Das Türkenproblem, Die Zeit, 38/2002

¹¹ Vgl. K. Duran: Der Islam in der Diaspora: Europa und Amerika, in: W. Ende und U. Steinbach (Hrsg.), Der Islam in der Gegenwart, München 1984, S.440-469.

¹² z.B. die Revolution in Iran 1979, die Rushdie-Affäre 1989, der Irakkrieg Anfang der 1990er Jahre, im besonderen Masse die Terroranschläge vom 11. September 2001 und andere Terrorereignisse.

Mehrheitsgesellschaft fing an, sich mit Existenz, Kultur und Glauben der Muslime kritisch auseinanderzusetzen. Ein Teil der Kritiker beschuldigte sie des Fundamentalismus, des Radikalismus, des Demokratiedefizits, der Frauenunterdrückung usw. Man behauptete, dass die Muslime mit den Grundwerten wie z.B. den Menschenrechte, der Meinungsfreiheit, der Rechtstaatlichkeit und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung grundsätzlich Probleme hätten. Die Kritiker gingen noch weiter und behaupteten, dass für diese aus ihrer Sicht angeblich bestehenden Einstellungen nicht nur die Muslime, sondern der Islam als Religion verantwortlich seien. Viele der hier lebenden Muslime haben viele dieser Begriffe zum ersten Mal in diesem Streit gehört und wussten oft nicht, was sie überhaupt bedeuteten. Sie waren auf Grund ihrer sozialen Stellung auch nicht in der Lage, sich mit ihren Kritikern auf gleichem intellektuellem Niveau auseinanderzusetzen. Ihr Wissens- und Bildungszustand reichte nicht aus, um die Geschehnisse zu analysieren und die Publikationen, die sich mit ihnen beschäftigten, angemessen kritisch zu verfolgen, geschweige denn vernünftig zu reagieren und sich wirksam zu verteidigen.

Auch heute noch sind die Muslime im Allgemeinen in dieser Konfrontation überfordert. Immer noch sind sie mehr bloße Objekte in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um den Islam denn gleichwertige Subjekte im öffentlichen Diskurs.

In anderen Bereichen gibt es kaum Streit. Unter den Muslimen gibt es erfolgreiche in der Öffentlichkeit bekannte und akzeptierte Persönlichkeiten, Politiker, Künstler, Schauspieler, Fußballspieler, Filmregisseure, usw. Sie sind eine Bereicherung nicht nur für die Migranten, sondern auch für die deutsche Gesellschaft.

Wenn es aber um den Islam geht, stellen wir fest, dass die Muslime über nur wenige Intellektuelle und Wissenschaftler verfügen, die ausreichend sprachliche und fachliche Kompetenz besitzen und sowohl den Islam als auch die Mehrheitsgesellschaft gut kennen¹³.

Um dies festzustellen, braucht man nur die Literatur über Islam und Muslime durchzusehen. Wie viele Bücher oder Publikationen in deutscher Sprache über Islam gibt es, die von einem muslimischen Gelehrten geschrieben wurden? Wie viele schriftliche Erwidernungen gibt es, die sich mit den Beschuldigungen der Muslime und des Islams auseinandersetzen. Dieser Zustand wird besonders deutlich, wenn man sich die Funktionäre der muslimischen Verbände genauer anschaut. Der frühere Vorsitzende des Islamrates war ein Diplomchemiker, der frühere Vorsitzender des Zentralrates der Muslime ein Frauenarzt und der jetzige ist ein Physiker. Die Kirchen geben für den Dialog ihrer Mitglieder mit den Muslime Handreichungen heraus¹⁴. Die Muslime haben weder Bücher über ihre eigene Religion, die mit den Handreichungen der Kirche vergleichbar wären, noch über das Christentum.

Diese Ungleichheit beobachtet man auch im Bereich des interreligiösen Dialoges. Die Kirchen haben in der Regel lokale hauptamtliche und gut ausgebildete Beauftragte bzw. Referenten für den interreligiösen Dialog. Auf der muslimischen Seite beteiligt sich entweder einer vom Herkunftsland entsandter Imam, der keine Deutschkenntnisse hat, oder einer der Vereinsvorstandsmitglieder, der weder oft weder schulische noch fachliche Kenntnisse über die islamische Religion besitzt. Die Muslime haben in der Regel keine hauptamtlichen und für den Dialog speziell ausgebildeten Referenten.

Die Muslime beschäftigen Imame, die im Bereich der täglichen religiösen Dienste gute Arbeit leisten. Aber im interreligiösen Dialog mit der in diesem Land heranwachsenden muslimischen Generation und der deutschen Mehrheitsgesellschaft sind ihre Kenntnisse und Erfahrungen unzureichend. Deshalb braucht man auch muslimische Theologen, die nicht nur den Islam, sondern auch diese Gesellschaft sehr gut kennen. Dies ist einer der Gründe, warum die Ausbildung muslimischer Theologen in Deutschland dringend erforderlich ist. Daher ist auch

¹³ Jytte Klausen: Europas Muslimische Eliten, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006

¹⁴ Deutsche Bischofskonferenz (Hrsg.): Christen und Muslime in Deutschland, Arbeitshilfen 172, Bonn 2003, Kirchenamt der EKD (Hg.): Klarheit und gute Nachbarschaft, Christen und Muslime in Deutschland, 2006

jede Initiative an den deutschen Universitäten zu unterstützen, die das Ziel haben, muslimische Theologen oder Lehrkräfte auszubilden.

Auf der deutschen Seite ist die Sache noch komplizierter. Die Disziplinen Islamwissenschaft und Orientalistik sind an den deutschen Universitäten fest verwurzelt und haben eine bedeutende Tradition. Sie produzieren beachtenswerte Publikationen. Dennoch gibt es bei diesen Publikationen immer wieder gravierende Fehler und falsche Interpretationen, was den Islam angeht. Dazu möchte ich eine aktuelle Studie, die vom Bundesinnenministerium unter dem Titel "Muslime in Deutschland (2007)" veröffentlicht wurde, erwähnen¹⁵. In der von zwei Kriminologen erstellten empirischen Studie, die sicherlich eine ernstzunehmende Publikation ist, kommen die Verfasser z.B. zu dem Ergebnis, dass Muslime gewaltbereit seien. Um zu verstehen, was für eine Wirkung eine solche Behauptung hat, braucht man nur unter Google nach dem Ausdruck „Muslime in Deutschland sind gewaltbereit“ suchen.

An dieser Stelle stellt sich also die Frage, ob es zutrifft, dass Muslime wirklich gewaltbereit seien? In empirischen Studien sind neben der Methodologie auch Indikatoren wichtig. Den man kann je nach Art der Fragestellung ganz unterschiedliches Antworten bekommen und aus diesen Antworten ganz unterschiedliche zum Teil gegensätzliche Rückschlüsse ziehen. Ohne ins Detail zu gehen, möchte ich dazu ein Beispiel nennen.

Um das Verhalten der Muslime in Sachen Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat zu untersuchen, wurden in der o.g. Studie neun Items (Indikatoren) verwendet. Einer der Indikatoren ist besonders bemerkenswert: "Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als Demokratie"¹⁶. Durch diesen Indikator werden die Befragten gezwungen, zwischen Religion und Demokratie eine Auswahl zu treffen. Sie werden gezwungen, Demokrat oder Muslim zu sein. Die frommen Menschen entscheiden sich natürlich für die Religion. Aus den Antworten eines solchen Indikators wird dann das Ergebnis abgeleitet, dass fromme Muslime keine Demokraten seien. Stellte man ähnliche Fragen Juden oder Christen, so erhielte man von den Gläubigen beider Religionen ähnliche Antworten.

Jeder Fachmann, der sich mit den Demokratietheorien beschäftigt und vergleichende empirische Studien durchführt, weiß, dass ein solcher Indikator nicht richtig ist¹⁷. In den Publikationen der Politikwissenschaft kann Demokratie mit anderen politischen Systemen verglichen¹⁸. Man kann auch darüber streiten, wie sich Religionen zu demokratischen Werten verhalten. Aber Demokratie darf nicht a priori als eine Alternative zur Religion dargestellt werden¹⁹. Nur wenn man das ideologische Ziel hat, Angehörige einer bestimmten Religion als demokratiedistanziert darstellen, geht man wie es in diesem Beispiel gezeigt wurde vor.

Gewalt ist ein weiteres Thema, das in der genannten Studie behandelt wird. Danach sind die Muslime gegen jede Art von Gewalt. Nur 5,9 % der Muslime sind für Gewalt bzw. gewaltbereit. Anstatt die Mehrheit zu analysieren, wird allein diese Minderheit behandelt und dann als Ergebnis formuliert, dass die Gewaltbereitschaft dieser von der Religiosität der Muslime abhängig sei. Die Studie erfindet (!) somit die These, dass die Gewaltbereitschaft parallel zur Religiosität zunimmt. Die Verfasser der Studie finden die gewaltbereiten Muslime in den Universitäten nicht, sie finden diese in den Schulen, genauer in den 9. und 10. Jahrgangsstufen. In diesem Milieu zeigen 11,1 % der muslimischen Jugendlichen hohe Gewaltbereitschaft

¹⁵ Katrin Bretteld und Peter Welzes: Muslime in Deutschland, Integration, Integrationsbarriere, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politische motivierter Gewalt, Hamburg 2007.

¹⁶ Ebd., S.141-149

¹⁷ Manfred G. Schmidt: Demokratietheorien, Eine Einführung, Opladen 1995; Freedom House, <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2007&country=7291>

¹⁸ Alexander Gallus und E. Jesse (Hrsg.): Staatsformen von der Antike bis zur Gegenwart, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007.

¹⁹ Samuel P. Huntington: Üçüncü Dalga (The Third Wave. Democratization in the Twentieth Century), (Türkische Übersetzung von E. Özbudun), Istanbul 1996, S.292-295.

und 23,1 der Schüler sind gewaltbereit. Bemerkenswert ist, dass diese Ergebnisse unter der Überschrift "Zahlreiche Muslime in Deutschland gewaltbereit" präsentiert werden²⁰.

Es ist ein Thema für sich, warum die Jugendlichen in diesem Alter d.h. der beginnenden Pubertät, erhöhte Gewaltneigung aufweisen. Es ist Aufgabe der Sozialwissenschaftler, warum Jugendliche dieses Alters gewaltbereiter sind.

Diese Untersuchung offenbart noch einmal das fundamental falsche Verständnis der westlichen Verfasser. Sie übertragen und verwenden die Begriffe, die sich in ihrer religiösen, sozialen und kulturellen Umgebung entwickelt haben, auf andere Kulturen und Religionen, ohne die Unterschiede zu berücksichtigen. Wenn man die Parameter, die man im Westen für die "Messung" des Fundamentalismus, auch für den Islam, verwendet, bekommt man falsche oder zumindest verzerrte Ergebnisse. Für die Messung der fundamentalistischen Orientierung wird in dieser Studie folgende Frage gestellt: "Menschen, die den Islam modernisieren, zerstören die wahre Lehre". Auf diese Frage antworten 43,3% der befragten Muslime mit Ja. Dieses Ergebnis wird dann besorgniserregend interpretiert²¹. Ohne zu wissen, was für Muslime "den Islam modernisieren" bedeutet, werden die Begriffe westlichen Maßstäben interpretiert und die Muslime als Radikale und Fundamentalisten bezeichnet.

Möchte man von solchen Studien für die Gesellschaft nützliche Ergebnisse bekommen, so sollte man Studien über Muslime unbedingt in Kooperation mit muslimischen Experten planen, durchführen und auswerten.

Das in der o.g. Untersuchung konstruierte negative Image verhindert eine sachliche und emotionslose Analyse der Situation Muslime²². In der Gesprächen und Erklärungen werden immer noch Begriffe verwendet, die nicht der Integration dienen, sondern sie eher ausgrenzen. Man bezeichnet sie z.B. als Ausländer, Gastarbeiter, Zuwanderer, Emigranten, Fremde, Minderheit. Man benutzt diese Begriffe für Menschen, die vor 50 Jahren nach Deutschland gekommen sind oder in Deutschland geboren wurden, hier die Schule besucht, gearbeitet und Familien gegründet haben und sehr wahrscheinlich in Deutschland sterben werden. In den Anfängen der Migration waren diese Begriffe richtig und notwendig. Aber nach einem halben Jahrhundert haben sie eher eine ausgrenzende Funktion. Übrigens hat auch das Wort "Ausländer" (im Sinne von Fremder) in vielen Sprachen der Welt eine negative Konnotation. Eine Besonderheit des demokratischen Systems ist seine Fähigkeit, Menschen mit unterschiedlichen Besonderheiten in das politische System zu integrieren. Aus diesem Grund sind Glaubens-, Gewissens-, Religions- und Meinungsfreiheit lebensnotwendige Grundelemente der Demokratie. Die Ablehnung diese Rechte und Freiheiten, und der Wunsch nach uniformen Menschen, ist eine Besonderheit totalitärer Regime. Die Begriffe Parallelgesellschaft und Leitkultur sollten in diesem Zusammenhang diskutiert und ihren problematischen Einfluss auf die Demokratie gründlich analysiert werden.

Die Notwendigkeit eines Grundkonsenses über die politischen Werte, die für eine erfolgreiche Integration unabdingbar sind, ist unumstritten. Aber dennoch möchten einige Gruppierungen über die allgemein notwendige politische Kultur hinaus auch große Teile der Lebenskultur "deutsche Tradition" für Migranten, die diversen religiös-kulturellen Identitätsgruppen angehören, verbindlich machen. Bei dieser Forderung wird jedoch übersehen, dass es im Zuge von kulturellen Differenzierungsprozessen in modernen Gesellschaften eine solche Lebenskultur, die alle Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft verbindet, schon seit längerem nicht mehr gibt. Das Konzept der "Leitkultur" erweist sich daher vor allem als eine demagogische Strategie zur Mobilisierung von Wählerstimmen und zur Diffamierung politischer Gegner²³.

²⁰ Als ein Beispiel siehe: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,524486,00.html>

²¹ Katrin Bretteld und Peter Welzes: Muslime in Deutschland, S.118.

²² Als ein Beispiel siehe Lars-Broder Keil: Immer mehr Deutsche haben Angst vor Muslimen, Die Welt, 14. 12. 2006; Wilhelm Heitmeyer: Deutsche Angst, Die Zeit, 14.12.2006/ Nr.51; Anna Reimann: Muslime in Deutschland, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,455473,00.html>.

²³ T. Meyer, ebd., S.7.

Ich bin daher der Meinung, dass man für die Muslime integrativere Bezeichnungen einführen muss. "Muslimische Mitbürger" wäre solch ein Begriff. Auch wenn ein gewisser Teil von ihnen keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, daher juristisch Ausländer sind und nur begrenzte demokratische Rechte haben, sind sie in sozialer und kultureller Hinsicht nicht mehr wegzudenkende Mitglieder der Gesellschaft.

Das Hauptproblem oder Lösungsweg der Probleme

Die Muslime haben sicherlich viele ungelöste gesellschaftliche Probleme wie z.B. das Fehlen eines islamischen Religionsunterrichts. Anstatt aber diese Probleme lediglich zu benennen und folgenlos zu diskutieren, sollte man für sie vornehmlich nach praktischen Lösungen suchen.

Man könnte auch viele Probleme der Muslime nur deshalb nicht lösen, weil man das Hauptproblem nicht erkannt und nicht gelöst hat. Erst wenn man das Hauptproblem erkannt und gelöst hat, wird man Bedingungen schaffen, unter denen man für alle anderen Probleme, die die Muslime haben, Lösungswege entwickeln kann.

Das Hauptproblem der Muslime ist heute die gesellschaftliche Anerkennung, übrigens nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Europa. Die Selbstorganisation der Muslime in Europa ist seit einigen Jahren in vollem Gange. Die unterschiedlichen Rechtssysteme, die die Beziehung von Staat und Religionsgemeinschaften regeln, machen eine einheitliche Lösung in Europa aber unmöglich. Deswegen unterscheiden sich die Modelle in erheblichem Umfang²⁴.

Deutschland bezieht mit seinem öffentlich-rechtlichen Selbstverständnis einer aktiven Neutralität des Staates gegenüber den Religionen eine eindeutige Position. Demnach hat der Staat alle Religionen gleich zu achten und zu behandeln, sofern sie ihrerseits die Regeln der rechtsstaatlichen Demokratie respektieren. Der Staat muss sich aus den religiösen Angelegenheiten nicht wie im laizistischen Staat prinzipiell heraushalten, ist aber, sofern er sich einmischt, strikt an die Regel der Gleichberechtigung aller Religionen gebunden²⁵.

Verschiedene staatliche Institutionen in Deutschland äußern seit einigen Jahren das Bedürfnis nach einem Ansprechpartner für Muslime²⁶. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble sagte dazu u. a.: "In den Kontext von Staat und Religion gehört auch das Verhältnis zum Islam. In Deutschland leben drei bis dreieinhalb Millionen Muslime. Manche von ihnen haben mit gutem Grund gefragt: Wenn es an staatlichen Schulen für protestantische und katholische Kinder Religionsunterricht gibt, warum nicht auch für muslimische Kinder? Ja, warum nicht, schließlich gibt es auch für jüdische Kinder Religionsunterricht. Das haben wir in einem Staatsvertrag mit der jüdischen Gemeinschaft festgelegt. Das Problem ist, dass der Staat einen Ansprechpartner braucht"²⁷

Es scheint aber bisher unmöglich, einen solchen Partner zu finden. Warum aber fehlt bis heute eine in Deutschland lebende Muslime vertretende Organisation? Muslime haben eine Vielzahl Vereinigungen in der Form des eingetragenen Vereins oder des Dachverband gegründet²⁸. Dieses Organisationsmodell war am Anfang nützlich, reicht aber heute nicht mehr aus.

²⁴ Matthias Koenig: Repräsentanzmodelle des Islam in europäischen Staaten, in: Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.), Islam einbürgern – Auf dem Weg zur Anerkennung muslimischer Vertretungen in Deutschland, Berlin 2005.

²⁵ T. Meyer, ebd., S.7; Hartmut Kress: Religion im säkularen Staat, http://www.uni-bonn.de/www/Evangelische_Theologie/Sozialethik/Vortraege/Texte/bilder/Religion_FES_30_05_06.pdf

²⁶ Marieluise Beck: Islam einbürgern – Auf dem Weg zur Anerkennung muslimischer Vertretungen in Deutschland, in: Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.), Islam einbürgern – Auf dem Weg zur Anerkennung muslimischer Vertretungen in Deutschland, Berlin 2005, S. 6-10

²⁷ Wolfgang Schäuble: Religion und Staat, <http://www.wolfgang-schaeuble.de/texte/070327lilje.pdf>

²⁸ Siehe hierzu: Ursula Spuler-Stegemann: Muslime in Deutschland. Informationen und Klärungen, Herder Verlag, Freiburg 2002; Ina Wunn (Hrsg.): Muslimische Gruppierungen in Deutschland, Kohlhammer Verlag,

Es ist unumstritten, dass die rechtliche Situation des Islam in Deutschland heute unbefriedigend ist und zur Lösung der Probleme nicht ausreicht. Es ist ebenfalls unumstritten, dass, wenn die entsprechenden rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen seitens der Muslime erfüllt würden, die muslimischen Religionsgemeinschaften auch juristisch anerkannt werden. Hier sind die Muslime bzw. ihre Organisationen in Zugzwang. Sie haben die Relevanz dieses Problems bisher verkannt. In Gesetzestexten ist klar definiert, welche Wege eine Religionsgemeinschaft gehen muss, um als Körperschaft des öffentlichen Rechts oder Glaubensgemeinschaft anerkannt zu werden²⁹.

Die ethnisch-nationale Heterogenität der Muslime und die unterschiedliche Deutungen ihrer Religion sind keine Hindernisse im Prozess der juristischen Anerkennung. Denn diese Heterogenität resultiert im Grunde nicht aus der Religion selbst. Auch wenn die Türken unterschiedliche religiöse Vereine gegründet haben, so gehört doch die überwältigende Mehrheit von ihnen zur gleichen (sunnitischen) Konfession. Wenn sie sich trotz dieser Tatsache nicht zusammenschließen, so sollte man die Ursache wo anders suchen. In einem demokratischen pluralistischen System, sollte auch nicht das Ziel sein, alle Muslime unter einem Dach zu vereinigen. Die Mitglieder anderer Religionen sind ebenfalls nicht unter einem Dach zusammengeschlossen³⁰.

Es ist richtig, dass die Mehrheit der Muslime keine offiziellen Mitglieder der vorhandenen Moscheevereine sind. Diese Vereine beschäftigen sich in der Regel mit alltäglichen religiösen Angelegenheiten. Um von den Angeboten Gebrauch zu machen, brauchen die Muslime keine formalen Mitglieder dieser Vereine zu sein. Es ist dennoch zu erwarten, dass Muslime nach Klärung der Anerkennungsfrage stärkeres Interesse an einer Mitgliedschaft haben werden.

Die Gründung des Koordinierungsrates der Muslime in Deutschland (KRM) ist eine ernstzunehmende Entwicklung im Anerkennungsprozess der Muslime in Deutschland. Aber die heutige Organisationsstruktur des KRM reicht nicht aus, um das Anerkennungsproblem zu lösen. Fast alle Probleme, die die Muslime zu lösen haben, wie es z.B. beim islamischen Religionsunterricht der Fall ist, liegen im Kompetenzbereich der Länder. In Deutschland sind es die Landesregierungen, die für die juristischen Anerkennungsangelegenheiten der Religionsgemeinschaften zuständig sind. Aus diesem Grund müssen sich die Muslime in erster Linie auf der Ebene der Bundesländer als Religionsgemeinschaften organisieren. Sie müssen sich hierbei nach den geltenden rechtlichen Regeln reorganisieren. Niemand erwartet von den Muslimen die Gründung einer "Islamischen Kirche".

Schluss und ein Lösungsvorschlag

Allein durch die Klärung der Anerkennungsfrage, die auf die Erlangung des Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zielt, werden die Muslime anerkannte Partner des Staates. Erst dann kann man von einer vollständigen Integration der Muslime reden. Erst dadurch werden auch die Muslime in allen religiösen Angelegenheiten mitentscheiden können. Erst dann werden die Muslime vom Zuwanderer zum Mitbürger in Deutschland. Erst dann wird die

Stuttgart 2007; T. Lemmen: Islamische Organisationen in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2000. Electronic ed: <http://www.fes.de/fulltext/asfo/00803toc.htm>

²⁹ Vgl. M. Rohe: Möglichkeiten und Grenzen der Bildung islamischer Religionsgemeinschaften in Deutschland, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Der Bürger im Staat - Islam in Deutschland, 2001, S. 233-240; Stefan Muckel: Religionsgemeinschaften als Körperschaften des Öffentlichen Rechts, in: Der Staat 38 (1999), S. 569-593

³⁰ Klaus Hurrelmann: Konfessioneller Religionsunterricht, http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wissen_und_bildung/aktuell/?em_cnt=1308056: "Der bisherige schulische Religionsunterricht in Deutschland ist auch kein christlicher Unterricht, sondern wird fein in katholischen und evangelischen getrennt. Warum sollte es einen übergreifenden Islamunterricht geben, wenn wir keinen überkonfessionellen christlichen verwirklichen konnten?"

Diskussion über 'Euro-Islam', 'Deutscher-Islam', oder 'europäische Lebensweise der Muslime' Bedeutung erlangen.

Zusammenfassend können wir sagen: die Zukunft der Muslime in Deutschland wird erst mit der Klärung der Anerkennungsfrage beginnen.